

# SP-Premier Valls will prioritär Unternehmer entlasten / Hartes Ringen im Parlament mit linkem Parteiflügel

AUS PARIS  
**DANNY LEDER**

„Burschen, wohin geht ihr eigentlich?“ Diese forsche Frage des SP-Premiers Manuel Valls richtete sich an den linken Abgeordnetenflügel seiner Partei und resümiert die ganze Härte der aktuellen steuerpolitischen Debatte in Frankreich. Valls boxt gerade im Parlament gegen den Widerstand der Linken Maßnahmen durch, die, bis 2017 (dem Ende der Amtsperiode von Staatschef Hollande) den Unternehmern über 40 Milliarden Euro an Abgabensenkungen und den Arbeitnehmern rund 5 Milliarden bringen. Dem stehen 50 Milliarden an projektierten Einsparungen im Staatshaushalt gegenüber und das sofortige Einfrieren diverser Sozialleistungen (Familien- und Wohnbeihilfe, Renten, ausgenommen Mindestbezieher).

Das empört den linken SP-Flügel, der die Abgabensenkungen für die Unternehmer an Auflagen bei der Jobschaffung binden möchte. Der Unternehmerverband klagt umgekehrt über noch immer zu strenge und komplexe arbeitsrechtliche Verordnungen und eine zu langsame Umsetzung der Steuersenkungen ó und droht mit dem Boykott eines Sozialpartner-Gipfels nächste Woche, der den von der Regierung initiierten Pakt für mehr Wettbewerbskraft besiegeln sollte.

Tatsächlich leidet Frankreichs Wirtschaft unter einer dramatischen Stagnation: für 2014 wird mit einem Wachstum von nur 0,7 Prozent gerechnet. Das ist viel zu wenig, um die seit drei Jahren anschwellende Arbeitslosenrate (rund zehn Prozent) zu senken. Das Bevölkerungswachstum spielt dabei eine Rolle, aber vor allem der Einbruch der Wettbewerbskraft der Unternehmen, der sich in einem ebenfalls stets wachsenden Handelsdefizit niederschlägt. Die Unternehmer verweisen auf die vergleichsweise hohen Lohnnebenkosten und geringen Margen.

Valls, der im April nach einer SP-Wahlniederlage ins Amt kam, stimmt dem weitgehend zu und will Sparreformen besonders konsequent durchziehen. Damit verabschiedet sich Valls von der ersten Phase der SP-Regierung, als der Defizitabbau hauptsächlich durch Steuererhöhungen kompensiert werden sollte. Kritiker warnen freilich davor, dass die Einsparungen die bereits erlahmte innere Nachfrage (Null Prozent im ersten Trimester 2014) vollends ersticken könnte, während die Abgabensenkungen für die Unternehmer, wenn überhaupt, nur langfristig zu einem Wachstumsschub führen würden.